

BÜCHER

für Kopf und Hand

die gute Adresse für Sach- u. Fachbücher

BAUEN – ENERGIE – UMWELT

Über 300 Titel, Programm kostenlos.

ökobuch

Verlag &
Versand
GmbH

POSTFACH 11260
D-7813 STAUFEN

seine Aufgabe definiert als „... Hinführung zum Mündigkeit in einem Zivilisationsstaat, der der Mentalität des Zigeuners kaum entspricht“. Die Mission wurde mit der „Umerziehung“ beauftragt, die Stadt behielt die Entscheidungsgewalt über „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“. Die Logik der damaligen Pläne wurde fast unverändert übernommen, als 1986 mehrere Roma-Familien, überwiegend aus Jugoslawien, die Stadt erreichten. Die Lokalpresse hetzte und sprach von zunehmender Kriminalität, Ämter warnten vor der „Sogwirkung“, die die „unkontrollierte Anwesenheit“ der Roma in Köln auf weitere Sippen haben könnte. Der Panikmache traten jedoch einige Unterstützer-Gruppen entgegen, die eine Zeitlang Abschiebungen verhindern konnten. Erneut suchten die Behörden nach einer „Lösung“, das kultur-rassistische Denken führte sie wieder zur alten Strategie: teile und herrsche, Zuckerbrot und Peitsche, Integration und Abschiebungen.

Ein „Arbeitskreis zur Beratung von Angelegenheiten ethnischer Minderheiten“, genannt „AKEM“, wurde 1987 eingesetzt, um Empfehlungen diesbezüglich vorzulegen. Seine „Zwischenbilanz“ diente als Grundlage für die Einrichtung des neuen „Kölner Modells“. Als dessen Nervenzentrum fungiert seither die „ethnische Beratungsstelle“ des Herrn Spital, die, wie der AKEM auch, mit ethnischen Minderheiten im weiteren Sinne das geringste zu tun hat; sie dient ausschließlich der Koordinierung behördlicher Aktivitäten gegenüber Roma und Cinti. „Beraten“ wird an dieser Stelle offiziell über „Chancen und Grenzen“ des Aufenthaltes in der Stadt. Doch es überwiegen die Grenzen: Erklärte Aufgabe ist es, die Roma über die „begrenzte Aufnahmekapazität“ der Stadt aufzuklären und sie auf diese „faire“ Weise zur Ausreise zu bewegen.

Der „Beratungsstelle“ untersteht ein Überwachungsapparat, mit dessen Hilfe jede Handlung von Roma registriert und ausgewertet werden kann. Sie sammelt nämlich Daten über alle in der Stadt lebenden Roma und über deren Familienzusammenhänge auch außerhalb der Stadt. Die meisten Familien, die keinen gegebenen Aufenthaltsstatus haben, sondern nur über sogenannte „Duldungen“ verfügen, wurden in ein umzäutes und bewachtes Wohnwagen-Lager eingewiesen. Dort werden die Personalien aller Besucher, aber auch die An- und Abreisezeiten der Bewohner aufgenommen und an die „Zentrale Beratungsstelle“ weitergegeben. Parallel besteht ein sogenanntes Roma-Kinder-Projekt des Jugendamtes. Das Projekt ist eher ein Sondergefängnis für Roma-Kinder, die von der Polizei verhaftet und solange „betreut“ werden, bis ihre Eltern sie abholen. Dadurch werden Eltern unter Druck gesetzt, sich zu angeblichen Straftaten ihrer Kinder zu bekennen, was als sofortiger Abschiebegrund dient.

Als Alibi für das gesamte Projekt werben die Kölner Behörden seit einigen Monaten für das „Patenschaftsmodell“. Sechs Roma-Familien werden in dessen Rahmen von deutschen „Paten“ betreut, um ihnen die Integration zu erleichtern. Hier setzte die „Beratungsstelle“ die Zusammenarbeit mit Kirchen und Initiativen ein: Als „Paten“ sollten diese, wie einst der katholische Sozialdienst, die Aufgabe von Bewährungshelfern übernehmen. Ein gesichertes Bleiberecht wird dabei keiner der beteiligten Roma-Familien garantiert, doch als „Vorleistung“ ist das Integrationsprojekt ein kleines Bonbon, das die Vertreibung der restlichen

Roma legitimieren soll. Ist hier die kritische Öffentlichkeit eingebunden, davon ging man im AKEM aus, wird sie dann die Bedingungen des Gesamtprojektes akzeptieren, zwischen den Betroffenen und den Behörden im Interesse der letzteren vermitteln und die Proteste gegen Abschiebungen unterlassen.

Mit den neun Abschiebeverfügungen ist nun die Stadt dazu übergegangen, die geplante Ausweisung der Roma-Familien aus dem Wohnwagen-Lager durchzusetzen. Der gewählte Zeitpunkt war zumindest aus der Sicht der Hamburger Innenbehörde nicht allzu günstig: diese

- Anzeige -

hatte nämlich vor, nach Ablauf des im März beschlossenen, vorläufigen Abschiebestopps Anfang September eine eigene Version des „Kölner Modells“ einzusetzen. In die Lücke der „Betreuer“ und Bewährungshelfer soll hier das Diakonische Werk treten. Wie in Köln, sieht das Modell der Hamburger Diakonie die Integration von nur zwei Familien vor. Mit der Ausweisung der anderen wollte sich aber der Stadt-Staat nicht soviel Zeit lassen, wie die Genossen in Köln. Auf die Absichten des Planes konnten in den letzten Wochen — nach Veröffentlichung der Kölner Akten — die betroffenen Roma in aller Deutlichkeit aufmerksam machen. Ihnen steht ein längerer Kampf um die Durchsetzung eines grundsätzlichen Bleiberechts bevor.

Yaron Matras

Österreich:

Wer hat eigentlich das Problem mit unserer Neutralität?

Österreich? Oder die EG? Auf den ersten Blick schaut es so aus, als habe vor allem Österreich ein Problem: Wir können nicht in die EG, weil die uns nicht will, als neutrales Land. Es wäre vielleicht nützlich, die Sache einmal verkehrtherum zu betrachten: Warum kann die EG mit neutralen Ländern nichts anfangen, was sagt das über die EG aus? Vielleicht liegt dort das eigentliche Problem.

Jedenfalls, als Außenminister Mock in Brüssel mit „dem Brief“ antanzte (eine tragikomische Vorstellung nach dem Urteil der Mehrheit der österreichischen Presse), da wöhnte er sich schon auf einer Stufe mit den großen Gründervätern der zweiten Republik. Plötzlich aber spuckte bekanntlich der belgische Außenminister ihm in die Suppe;

der einzige von 12, der wenigstens lesen kann beziehungsweise die Courage hat, Tatsachen auch auszusprechen, wie der österreichische Publizist Günther Nennig im *Spiegel* ausführlich belegte.

Anfang August dann — und das wiegt, bei allem Respekt vor Belgien, weitaus schwerer — tat die UdSSR das, was die gesamte Regierung befürchtet hatte und durch heftiges Pfeifen im finstern Wald exorzieren wollte: Sie meldete sich zu Wort, ihr Botschafter legte dem Bundeskanzler ein *Aide-mémoire* vor und verwies auf die Unvereinbarkeit von Neutralität und EG-Beitritt sowie darauf, daß die Neutralität Österreichs größtes politisches Kapital sei.

Kanzler Vranitzky antwortete souverän, das sei seit jeher schon